P94-008-2 Projekt 94: Meine Daten gehören mir! Datenschutz im digitalen Zeitalter

Antragsteller*in: Thomas Birk (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu P94

Von Zeile 7 bis 11:
Möglichkeiten des Landes Berlin werden wir nutzen, um die informationelle Selbstbestimmung zu stärken und die Sicherheit der IT und unserer Daten zu erhöhen. Wir werden eine*n Chief-Information-Security-Officer (CISO) benennen, die/der mit klaren Kompetenzen die IT-Sicherheit des Landes Berlin verantwortet. Gemeinsam mit ihr/ihm, den Universitäten, der Verbraucherzentrale, dem IT-Dienstleistungszentrum Berlin des Landes (ITDZ) und der ~~Datenschutzaufsicht~~Datenschutzbeauftragten schaffen wir eine Informationsstelle IT-Sicherheit, die beispielsweise bei der Digitalwende-Agentur angesiedelt sein kann. Diese wird

Von Zeile 14 bis 16:
unternehmerische Entwicklungen aus Berlin - insbesondere offene Software - in die praktische Nutzung überführen. ~~Das Personal~~Die Beauftragen für ~~die Berliner Datenschutzaufsicht~~Datenschutz- und Informationsfreiheit auf Landes- und Bezirksebene werden wir personell aufstocken, damit Gesetze endlich durchgesetzt werden. Zudem müssen auch unangemeldete Kontrollen

Begründung

Wir fordern schon lange die Einführung einer/eines Chief-Information-Security-Officer im Rahmen des E-Government-Gesetzes. Der Änderungsantrag der Koalition zu dem Senatsentwurf des E-Government-Gestzes sieht eine solche Funktion (ohne sie ausdrücklich so zu nennen) als Möglichkeit, aber nicht zwingend vor. Selbst wenn dies so beschlossen würde, würde die Benennung vor der Wahl aber sicher nicht mehr stattfinden – insofern bliebe diese Forderung so formuliert in jedem Fall richtig. Gäbe es diese Stelle aber, müsste sie in jedem Falle in die Idee einer Informationsstelle IT-Sicherheit einbezogen werden.

Datenschutzaufsicht war als Wortkreation doch etwas befremdlich, deswegen der Rückgriff auf die bestehende offzielle Bezeichnung "Beauftragte für Datenschutz- und Informationsfreiheit", soviel Platz muss sein. Da wir bereits im Abgeordnetenhaus die Forderung erhoben haben, dass in jedem Bezirke eine volle Stelle für den Datenschutz und die Informationsfreiheit geschaffen werden soll, sind die Bezirke hier ausdrücklich mit einbezogen. Bisher hat nur ein Bezirk diese Forderung erfüllt, die anderen arbeiten auch wegen der Personaleinsparvorgabe des Senats alle nebenher in Teilzeit als Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.